

## Pensionssicherungsbeitrag: Ein neuer Anlauf der GPF-Pensionistenvertretung bei der Politik

GPF-Bundespensionistenvorsitzender Ditmar Fürst macht bei der Politik weiter Druck für Verbesserungen beim Pensionssicherungsbeitrag (PSB). Über seine Initiative fand am 12. Oktober mit dem Kabinett des Vizekanzlers Strache eine zweistündige Besprechung statt.

Die Forderungen der Gewerkschaftsvertreter (GPF, GÖD und Vida) - die alles andere als neu sind – wurden den KabinettsmitarbeiterInnen ausführlich dargelegt: In einem ersten Schritt soll ein PSB nur für 1.500,- Euro übersteigende Ruhegelder, Witwen- und Waisenversorgungsgelder eingehoben werden. Das würde zum Beispiel bedeuten, dass bei einer Pension von 2.500,- Euro brutto, der PSB von 1.000,- Euro zu berechnen wäre. Bei einer Pension bis 1.500,- Euro würde dieser überhaupt nicht mehr anfallen.

In einer Protokollerklärung wurde festgeschrieben, dass mit dem Finanzministerium bei der Budgeterstellung für 2020 auf Regierungsebene Verhandlungen hinsichtlich einer finanziellen Vorsorge zu führen sein werden.



In letzter Zeit hat die Bundesregierung und die Industrie nicht nur die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer massiv angegriffen. Sie drohen auch durch Kürzungen finanzieller Mittel ihre Interessenvertretung zu schwächen um arbeitnehmerfeindliche Positionen leichter durchsetzen zu können.



Gerald Kammerhuber

Die Regierung betreibt Klientelpolitik, das zeigen die Mehrwertsteuersenkung im Tourismus sowie eine Reihe von Ankündigungen – darunter das Vorhaben, die Körperschaftssteuer für nicht entnommene Gewinne zu halbieren und den Arbeitgeberbeitrag in die Unfallversicherung um eine halbe Milliarde Euro zu senken. Gestrichen und gekürzt wird zudem bei den AMS-Förderprogrammen, bei der Kinderbetreuung und beim Ganztages-Schulausbau.

Durch die arbeitnehmerfeindliche Politik der Regierung wird die AK-Wahl richtungsweisend für die Zukunft der Arbeitnehmer sein.

***Umso wichtiger ist es, dass es eine starke Vertretung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land gibt!***

**Entscheide auch Du durch deine Stimme mit über die Zukunft der AK!**



**OBERÖSTERREICH 19.3. BIS 1.4.**